

21.9.11

FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG

Lang, kurz, lang, die Zeitgeschichte

In Freiburg diskutierten Historiker zu Ehren Ulrich Herberts über Deutschland im zwanzigsten Jahrhundert und wie man davon berichten soll.

Der Schutzpatron der Historiker muss der heilige Sylvester sein. Denn sie messen die Zeit mit dem Kalender. Darum können sie sich so etwas wie eine „Geschichte des neunzehnten Jahrhunderts“ vorstellen, die 1800 beginnt und 1900 endet. „Naja“, sagen sie, wenn man Einwände macht, „sagen wir mal, um 1800 und um 1900 herum“. Wenn sie sich allerdings ihrer eigenen Epoche nähern, wenn sie also Zeitgeschichtler sind, werden sie unsicher, welche Epoche das ist.

Das war jetzt auf dem Geburtstagscolloquium deutlich zu spüren, das am Freiburger Institut für höhere Studien (FRIAS) gerade für den Historiker Ulrich Herbert ausgerichtet wurde. Er wird am kommenden Samstag sechzig, doch weil dann der Papst in Freiburg ist, hätte man auf Rom ausweichen müssen, um zum Jubeltermin die Hotelbetten zu bekommen, die für all seine Schüler und die Creme der deutschen Zeithistorie nötig waren. Nach Maßgabe des Tagungsthemas wird er darum womöglich einmal von seinen langen sechziger Jahren sprechen können. Denn es wurde sehr aufgeräumt und niemals langweilig, weil ziemlich irritierend über die „Geschichte Deutschlands im langen zwanzigsten Jahrhundert“ verhandelt.

„Kurz“ hatte zwar der englischen Historiker Eric Hobsbawm das zwanzigste Jahrhundert genannt, weil es mit dem Ersten Weltkrieg begann und mit dem Fall der Sowjetunion, die im ersten Weltkrieg entstand, endete. So aber, hieß es in Freiburg, könnten nur Marxisten reden, für die Revolutionen die Zäsuren aller historischen Prozesse sind. Lang, meinte hingegen Ulrich Herbert, sei das vorige Jahrhundert, weil schon zwischen 1890 und 1914 alle Motive und Probleme zu finden seien, die danach

In Freiburg hielten das Bewusstsein für konzeptuelle Probleme die Bemerkungen des jungen Wirtschaftshistorikers Kim Priemel (Berlin) wach. Er warf der Arbeitergeschichte vor, sie habe ein soziales Phänomen mit einem politischen Projekt verwechselt, über bürgerliche Arbeit wisse man außer ein paar Unterstellungen Max Webers zum „Ethos“ der Unternehmer wenig, ob Handwerker Arbeiter seien, stünde auch noch dahin, und lege man historische Arbeiten(!) zugrunde, so seien alle Arbeiter nach 1945 entweder in der Montanindustrie oder bei VW beschäftigt gewesen. In den zehn Minuten von Priemels Vortrag steckte eine ganze Konferenz.

Dass ein Call Center keine Dienstleistung, sondern industrielle Arbeit vertritt, dieser Hinweis Priemels auf die Notwendigkeit nachzudenken, fand sich auch in den Notizen, die der Soziologe Wolfgang Eßbach (Freiburg) zur Frage „Warum und wie wurde die Bundesrepublik eine liberale Republik?“ machte. Denn seine kleine Liste liberalisierender Kräfte – Urbanisierung, Gleichberechtigung von Frauen, Hochschulexpansion und Wohlfahrtsstaat – führte ihn zur Antwort: indem sie mit im allgemeinen Strom schwamm. Dessen Verlauf nennt zwar niemand mehr „Modernisierung“. Über die Entwicklungstheorie gleichen Namens darf inzwischen alles behauptet werden, vor allem, sie sei tot. Doch selbst wenn es stimmen würde, dass es jene Theorie die Konvergenz aller Weltregionen zu rechtsstaatlichen, geldwirtschaftlichen, säkularen, technologischen und demokratischen Errungenschaften diagnostiziert hätte – ihre Leistung, dem historischen Ragout einen Grundgeschmack abzugewinnen, ist jedenfalls durch keine andere Begriffsbildung ersetzt worden. Man wehrt sich gegen Abstraktionen, ist aber wehrlos, wenn sich um volkstümliche Abstraktionen wie „Jahrhundert“, „Arbeiter“ oder „Nationalstaat“ handelt.

Interessant war in diesem Zusammenhang der Disput über Ulrich Herberts zentrales Forschungsfeld, die nationalsozialistischen Exzesse. Niemand hat energischer als er Studien dazu durchgeführt und angeleitet, welche politische, organisatorische und mörderische Kraft eine nationale Ideologie hier in Bewegung ge-

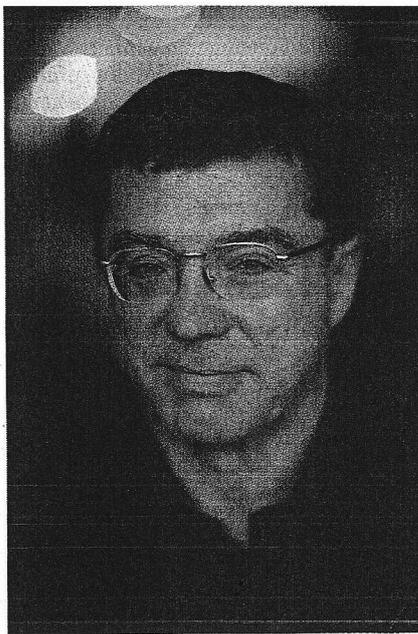
bis in unsere Gegenwart variiert würden: Arbeiterbewegung und Sozialstaat, Rassismus und wissenschaftliche Universität, Parteiendemokratie, Bürgerliches Gesetzbuch und Finanzkapitalismus.

Allerdings sahen sowohl Ulrich Herbert wie Anselm Döring-Manteuffel (Tübingen) um 1970 herum dieses Zeitalter der allmählichen Beseitigung antiliberaler Politikmodelle durch sozialstaatliche Ungleichheitsdämpfung und rechtsstaatlichen Umgang mit sozialen Konflikten wieder zu Ende gehen. Also doch – 1890 bis Willy Brandt – nur drei Jahre oder – 1890 bis Maggie Thatcher – allenfalls fünfzehn Jahre länger als Hobsbawms kurzes Säkulum. Man wurde trotz der Plausibilität, mit der Döring-Manteuffel den Kampf der Gesellschaftsordnungen skizzierte, am Ende nicht recht schlau, was die Phasenwirtschaft der nationalen Geschichtssynthesen wirklich an Erkenntnis bringen könnte.

Alle möglichen Perioden waren auf einmal lang: langes zwanzigstes (siehe oben), langes neunzehntes (1789 bis 1900, 1914 oder 1918), langes sechzehntes (1517 bis 1648) oder langes fünfzehntes Jahrhundert (1492 bis 1517). Die langen sechziger Jahre in Deutschland machte Norbert Frei (Jena) aus, indem mit denen Reaktionen auf die Hakenkreuzbeschneidung der Kölner Synagoge 1959 jene Liberalisierung der deutschen Gesellschaft begonnen habe, die sich über die Springer-Affäre, die Bildungsexpansion und 1968 bis zu den Strafrechtsreformen der siebziger Jahre fortsetzte. Aber natürlich waren auch die fünfziger Jahre irgendwie lang, indem sie 1948 begannen und mit der ersten Rezession und der Großen Koalition 1966 endeten.

Als Gesellschaftsspiel – „Sag mir deine Eckdaten, und ich errate dein Kriterium“ – ist das ganz nett. Zu Begriffen davon, wann was angefangen hat und ob Anfänge überhaupt datierbar sind, führt es nicht. Ältere Einsichten, dass Kriege mitunter nicht in den Schlachten, sondern davor oder danach gewonnen werden, oder dass die Französische Revolution nur das Ereignis war, aber der soziale Wandel, den sie symbolisiert, sich schon im Ancien Régime zutrug, wurden in Freiburg nicht herangezogen. Wie überhaupt in Begriffe mehr als in Materialumwälzung investiert werden sollte.

In der ersten Diskussionsrunde beispielsweise, die von der Bedeutung industrieller Arbeit, der Arbeiterschaft und der Arbeiterbewegung im zwanzigsten Jahrhundert handelte, blieb die Frage „Arbeit und Arbeiter im Unterschied wozu?“ ungestellt. Wo es einmal hieß „Arbeit und Kapital“, heißt es heute „Kapital und Sozialstaat“ auf der einen, „Arbeit und Arbeitslosigkeit“ auf der anderen Seite. Aus der Klasse für sich – Arbeiter, die sich als Leidensgenossen verstehen – ist eine sozialstatistische Größe geworden. Und was die Arbeit selbst angeht, so hat der Soziologe Richard Biernacki vor fünfzehn Jahren gezeigt, dass der Begriff schon zu Marxens Zeiten in England etwas ganz anderes bedeutete als in Deutschland.



Ulrich Herbert

Foto Christian Thiel

setzt hat. Wenn manches vergessen sein wird, wird Herberts Studie über den SS-Funktionär und Erfinder der „Einsatzgruppen“, Werner Best, noch immer herangezogen werden.

In Freiburg eröffnete Reinhard Rürup (Berlin) die Debatte über den deutschen Judenmord mit einer beeindruckenden Abfolge von Vorbedingungen des Genozids. Die Juden seien schon lange vorher als Nutznießer der Moderne ein Dorn im Auge mancher gewesen. Dieser Verdacht, es gebe Drahtzieher des sozialen Wandels, werde seit 1890 rassistisch aufgeladen. Die Unterscheidung von „weiß“ und „farbig“ sei damals kolonialismusbedingt ohnehin *en vogue* gewesen. Vor 1933 aber war Deutschland ein Land, das von Juden aufgesucht und nicht gemieden wurde. Den Weg zum Massenmord hätten erst der Zweite Weltkrieg und der Aufstieg von Antisemiten eines besonderen Typs bereitet, die vor allem als SS-Leute „ohne Hass und Verachtung“ für die deutsche Großmacht sich zu allem berechtigt sahen.

Dem widersprach der Berliner Rußlandhistoriker Jörg Baberowski. Er klagte, die gängige Historie schreibe „Voraussetzungsprosa“. Wer die Verbrechen im Osten verstehen wolle, müsse aber in allererster Linie die Situation am Tatort, die lokale Gewaltdynamik in den Blick nehmen. „Was immer man sich einmal ausgedacht hat, wird bedeutungslos, wenn man damit anfängt, es zu tun.“ Darüber ließe sich gut streiten. Doch der Hinweis auf die oft unkontrollierte Fernkausalität, die Historiker dem Vergangenen auf Gegenwärtige zugestehen, saß. Die Replik Lutz Niethammers (Jena) „Voraussetzungsprosa, was denn sonst?“ machte deutlich, dass hier aufs Interessanteste die Grundlagen des historischen Denkens berührt worden waren. Man sah in Freiburg, wie schwankend diese Grundlagen sind und was es für ein Wunder ist, wenn aus diesem Schwanken immer wieder so kraftvolle Berichte hervorgehen wie etwa diejenigen des Jubilars.

JÜRGEN KAUBE